

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 16. —

Inhalt: Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes vom 31. Juli 1895, betreffend die Errichtung einer Centralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredites, S. 123. — Gesetz, betreffend das Auerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, S. 124. — Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1896/97, S. 146.

(Nr. 9831.) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes vom 31. Juli 1895, betreffend die Errichtung einer Centralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredites (Gesetz-Samml. S. 310). Vom 8. Juni 1896.

*Aufgehoben
9. 19. 33 S. 57*

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.
verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie,
was folgt:

§. 1.

Die der Preussischen Centralgenossenschaftskasse für die Dauer ihres Bestehens vom Staat als Grundkapital gewährte Einlage (§. 3 Gesetz vom 31. Juli 1895) wird auf 20 Millionen Mark erhöht.

Das Erhöhungskapital ist in baar oder in Schuldverschreibungen zum Kurswerth zu überweisen.

§. 2.

Der §. 6 des Gesetzes vom 31. Juli 1895 erhält unter 1 folgende Fassung:

1) zunächst $\frac{1}{5}$ zur Bildung eines Reservefonds, $\frac{4}{5}$ zur Verzinsung der Einlagen (§§. 3 und 5) bis zu drei vom Hundert verwendet, ein etwaiger Ueberrest aber ebenfalls dem Reservefonds zugeführt.

§. 3.

Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Bereitstellung des Erhöhungskapitals (§. 1) Schuldverschreibungen auszugeben. Er bestimmt, wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen.

Gesetz-Samml. 1896. (Nr. 9831—9832.)

26

Ausgegeben zu Berlin den 23. Juni 1896.

Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetz-Samml. S. 1197) zur Anwendung.

§. 4.

Der Erlaß der zur Ausführung des §. 9 Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Juli 1895, insbesondere der zur Uebertragung der gesetzlichen Vorschriften über die Kautionen, das Pensionswesen und die Fürsorge für die Hinterbliebenen der unmittelbaren Staatsbeamten sowie der Disziplinargesetze für die nicht richterlichen Beamten auf die Beamten der Preussischen Centralgenossenschaftskasse erforderlichen Bestimmungen erfolgt im Wege Königlichcr Verordnung.

§. 5.

Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Neues Palais, den 8. Juni 1896.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Bosse. Bronsart v. Schellendorff. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Frhr. v. d. Recke.

(Nr. 9832.) Gesetz, betreffend das Auerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern. Vom 8. Juni 1896.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den Geltungsbereich der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 446), mit Ausnahme des Bezirkes des Oberlandesgerichtes zu Köln, was folgt:

§. 1.

Durch Eintragung der Auerbengutseigenschaft im Grundbuche werden Auerbengüter im Sinne dieses Gesetzes:

- 1) alle Rentengüter, welche gemäß §. 12 des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 279) durch Vermittelung der Generalkommission begründet sind oder künftig begründet werden, oder nach Maßgabe der §§. 1, 2

oder 10 desselben Gesetzes der Rentenbank rentenpflichtig geworden sind oder künftig werden;

2) alle Rentengüter, welche vom Staate in Gemäßheit des Gesetzes über Rentengüter vom 27. Juni 1890 (Gesetz-Samml. S. 209) begründet sind oder künftig begründet werden;

3) alle Ansiedlerstellen, welche nach dem Gesetze, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, vom 26. April 1886 (Gesetz-Samml. S. 131) zu Eigenthum ausgegeben sind oder künftig ausgegeben werden.

Bei den durch Zukauf gebildeten Rentengütern wird durch Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche die ganze Stelle Anerbengut im Sinne dieses Gesetzes.

§. 2.

Die Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche erfolgt auf Ersuchen der zuständigen Behörde.

Zuständig ist für die Güter des §. 1:

zu Ziffer 1: die Generalkommission,

zu Ziffer 2: die Behörde, welche den Staat bei Errichtung des Rentengutes vertreten hat,

zu Ziffer 3: die Ansiedelungskommission.

Die zuständige Behörde hat nach Anhörung des Eigenthümers die Eintragung von Amtswegen nachzusuchen. Besitzen die im §. 1 bezeichneten Güter ausnahmsweise eine wirthschaftliche Selbstständigkeit nicht, oder stehen der Aufrechterhaltung der wirthschaftlichen Selbstständigkeit überwiegende gemeinwirthschaftliche Interessen entgegen, so ist die Eintragung der Anerbengutseigenschaft nicht nachzusuchen.

§. 3.

Jedes Anerbengut erhält ein eigenes Grundbuchblatt nach Formular I der Grundbuchordnung. Die Anerbengutseigenschaft wird in der II. Abtheilung eingetragen. Die Vorschrift des §. 13 der Grundbuchordnung findet auf Anerbengüter keine Anwendung.

§. 4.

Auf Antrag des Eigenthümers können dem Anerbengute andere Grundstücke als Zubehör zugeschrieben werden. Diese Grundstücke erlangen durch die Zuschreibung Anerbengutseigenschaft.

§. 5.

Die Anerbengutseigenschaft wird durch Löschung im Grundbuche aufgehoben. Die Löschung erfolgt auf Ersuchen der Generalkommission. Diese hat nach Anhörung des Eigenthümers die Löschung nur dann nachzusuchen, wenn das Gut die wirthschaftliche Selbstständigkeit verloren hat, oder der Aufrechterhaltung

der wirthschaftlichen Selbständigkeit überwiegende gemeinwirthschaftliche Interessen entgegenstehen.

§. 6.

Das Recht des Eigenthümers, über das Anerbengut unter Lebenden und von Todeswegen zu verfügen, bleibt unberührt, soweit dieses Gesetz keine Beschränkungen enthält.

§. 7.

Der Eigenthümer eines Anerbengutes kann ohne die Genehmigung der Generalkommission weder durch Verfügung unter Lebenden noch von Todeswegen die Zertheilung des Anerbengutes oder die Abveräußerung von Theilen desselben vornehmen.

Wenn der Eigenthümer durch Verfügung unter Lebenden das Gut im Ganzen an einen Anderen als an einen seiner Nachkommen, Geschwister, deren Nachkommen oder seine Ehefrau veräußert, so ist hierzu die Genehmigung der Generalkommission erforderlich. Diese Genehmigung darf nur versagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die wirthschaftliche Selbständigkeit des Anerbengutes durch Vereinigung mit einem größeren Gute aufgehoben wird.

Vor der Entscheidung der Generalkommission ist der Kreis- (Stadt-) Ausschuß, in dessen Bezirk das Anerbengut belegen ist, gutachtlich zu hören. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten.

Diese Bestimmungen finden nur auf die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes begründeten oder rentenpflichtig gewordenen Rentengüter und Ansiedlerstellen Anwendung.

§. 8.

Der Eigenthümer, welcher die Abschreibung von Theilen eines Anerbengutes beantragt, hat außer der nach §. 7 erforderlichen Genehmigung der Generalkommission deren Erklärung darüber beizubringen, ob mit dem Trennstück die Anerbengutseigenschaft übertragen werden soll. Die Uebertragung unterbleibt, wenn die Generalkommission hierin einwilligt. Sie hat ihre Einwilligung zu erklären, wenn das Trennstück eine wirthschaftliche Selbständigkeit nicht besitzt, oder der Aufrechterhaltung der wirthschaftlichen Selbständigkeit überwiegende gemeinwirthschaftliche Interessen entgegenstehen.

§. 9.

Von der Eintragung und von der Löschung der Anerbengutseigenschaft, von der die Anerbengutseigenschaft begründenden Zuschreibung (§. 4) sowie von jeder Abschreibung (§. 8) ist den Betheiligten und der Behörde, welche die Eintragung oder Löschung nachgesucht hat, in allen Fällen derjenigen Generalkommission, in deren Bezirk das Anerbengut belegen ist, unverzüglich Kenntniß zu geben.

§. 10.

Wenn zu einem Nachlasse ein Anerbengut gehört und der Erblasser von mehreren Personen beerbt wird, so fällt ohne Rücksicht auf den letzten Wohnsitz des Erblassers in Ermangelung einer entgegenstehenden Verfügung von Todeswegen das Anerbengut nebst Zubehör als Theil der Erbschaft kraft des Gesetzes einem Erben (dem Anerben) allein zu.

Das Anerbenrecht gilt, unbeschadet der Bestimmungen des §. 30, nur für die Nachkommen und die Geschwister des Erblassers sowie deren Nachkommen.

Es tritt nur ein, wenn der Anerbe zugleich Erbe des Erblassers ist.

§. 11.

Die Reihenfolge, in welcher die Nachkommen des Erblassers zu Anerben berufen werden, richtet sich

in den Geltungsgebieten der Hofgesetze und Landgüterordnungen, unbeschadet der Bestimmung des §. 12, nach den entsprechenden Vorschriften dieser Gesetze,

im Uebrigen nach folgenden Grundsätzen:

Leibliche Kinder gehen den Adoptivkindern, eheliche den unehelichen vor. Uneheliche Kinder sind nicht Anerben ihres Vaters. Durch nachfolgende Ehe legitimirte Kinder stehen den ehelichen gleich. Ferner geht vor der ältere Sohn und dessen Nachkommen männlichen Geschlechtes, in Ermangelung von Söhnen oder männlichen Nachkommen solcher die ältere Tochter des älteren Sohnes und deren Nachkommen; falls aber Nachkommen von Söhnen nicht vorhanden sind, die ältere Tochter des Erblassers und deren Nachkommen.

Unter den Nachkommen eines Kindes richtet sich die Berufung zum Anerben nach denselben Grundsätzen.

§. 12.

Kinder, welche zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind, sowie Kinder, welche vor dem Tode des Erblassers eine rechtskräftige Verurtheilung zu Zuchthausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen Miterben nach.

§. 13.

Gehören zu den Erben Geschwister oder deren Nachkommen, so finden die §§. 11 und 12 entsprechende Anwendung. Vollbürtige Geschwister und deren Nachkommen gehen den halbbürtigen und deren Nachkommen vor.

§. 14.

Der Anerbe erwirbt das Eigenthum des Anerbengutes nebst Zubehör mit dem Erwerbe der Erbschaft. Jedoch steht es ihm frei, ohne die Erbschaft auszuschlagen, auf sein Anerbenrecht zu verzichten. In solchem Falle geht dieses

auf den nächsten Anerbenberechtigten mit der Wirkung über, als ob derselbe von vornherein der Anerbe gewesen wäre.

Zur Eintragung des Anerben als Eigenthümers im Grundbuche ist die Einwilligung der Miterben erforderlich. Vor der Eintragung ist das Anerbengut der Zwangsvollstreckung durch die Gläubiger des Anerben nicht unterworfen. Dieselben sind aber berechtigt, an Stelle des Anerben dessen Eintragung als Eigenthümer zu beantragen und die zum Zwecke derselben erforderlichen Urkunden von Gerichten und Notaren zu erfordern.

Die Uebertragung des Anerbenrechtes durch Verfügung unter Lebenden, insbesondere durch Erbschafts Kauf, ist unzulässig.

§. 15.

Der Verzicht des Anerben auf sein Anerbenrecht kann rechtswirksam nur gegenüber dem Nachlaßgerichte erklärt werden. Der Verzicht ist unwiderruflich.

Auf Antrag eines Miterben hat das Nachlaßgericht den Anerben unter Mittheilung des Antrages aufzufordern, sich binnen einer bestimmten Frist zu erklären, ob er auf sein Anerbenrecht verzichtet.

Giebt der Anerbe innerhalb der Frist keine Erklärung ab, so gilt er als verzichtend. Auf diese Folge ist der Anerbe in der gerichtlichen Aufforderung hinzuweisen.

Wenn der Aufenthalt des Anerben unbekannt, oder bei einer im Auslande zu bewirkenden Zustellung die Befolgung der für diese bestehenden Vorschriften unausführbar ist, oder keinen Erfolg verspricht, so kann die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

Die Frist beträgt mindestens zwei Wochen seit der Zustellung der Aufforderung und kann auf Antrag des Anerben, wenn erhebliche Gründe glaubhaft gemacht sind, verlängert werden. Sie wird nach Maßgabe der §§. 199, 200 und 202 Absatz 3 der Civilprozeßordnung berechnet und endigt nicht vor Ablauf der dem Anerben zustehenden Ueberlegungsfrist. Letztere Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Ueberlegungsfrist nur auf Antrag gewährt und der Antrag erst nach Ablauf der Erklärungsfrist gestellt wird.

Steht der Anerbe unter Vormundschaft oder Pflegschaft, so bedarf der Verzicht auf das Anerbenrecht der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes. Das Nachlaßgericht soll von einer gemäß Absatz 2 erlassenen Aufforderung dem Vormundschaftsgerichte unverzüglich Kenntniß geben. Auf Ersuchen des letzteren kann die zur Abgabe der Erklärung bestimmte Frist verlängert werden.

§. 16.

Im Sinne dieses Gesetzes sind Zubehör des Anerbengutes:

- 1) die mit dem Anerbengute oder mit Theilen des Gutes verbundenen Gerechtigkeiten;
- 2) die auf dem Anerbengute vorhandenen Gebäude, Anlagen, Holzungen und Bäume;

- 3) das Wirthschaftsinventar; es umfaßt: das auf dem Anerbengute vorhandene, für die Wirthschaft erforderliche Vieh, Acker- und Hausgeräth einschließlich des Leinenzeuges und der Betten, den vorhandenen Dünger und die für die Bewirthschaftung bis zur nächsten Ernte dienenden Vorräthe an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.

§. 17.

Der Anrechnungswertb des Anerbengutes nebst Zubehör wird nach folgenden Grundsätzen festgestellt:

Das Anerbengut wird nach dem jährlichen nachhaltigen Reinertrage geschätzt, den es mit dem Zubehör durch Benutzung als Ganzes bei ordnungsmäßiger Bewirthschaftung und in dem bisherigen Kulturzustande gewährt. Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, insoweit sie zur Wohnung und Bewirthschaftung erforderlich sind, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Werthe des Nutzens, welcher durch Vermietbung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letzteres gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, welche zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind. Von dem ermittelten jährlichen Wirthschaftsertrage sind alle dauernd auf dem Anerbengute nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutbmaßlichen jährlichen Betrage abzusetzen. Lasten und Abgaben, auf welche die Ablösungsgesetze Anwendung finden, sind dabei nach deren Vorschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der das Anerbengut belastenden Hypotheken, Grundschulden und dauernden Renten mit Ausnahme derjenigen, welche auf Grund der Ablösungsgesetze an die Stelle von Lasten und Abgaben getreten sind, findet ein Abzug nicht statt.

Der übrig bleibende Theil des jährlichen Wirthschaftsertrages wird mit dem 25fachen zu Kapital gerechnet. Von dem hiernach festgestellten Betrage werden die auf dem Anerbengute haftenden vorübergehenden Lasten (Altentheile und dergleichen) mit einem ihrer wahrscheinlichen Dauer entsprechenden Kapitale in Abzug gebracht. Tilgungsrenten werden nur insoweit abgezogen, als sie auf Grund der Ablösungsgesetze an die Stelle von Lasten und Abgaben getreten sind, und alsdann mit demjenigen Kapitalbetrage in Rechnung gestellt, welcher durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen ist.

Das sich aus dieser Berechnung ergebende Kapital bildet den Anrechnungswertb des Anerbengutes.

§. 18.

Bei der Erbtheilung sind die Erbschaftsschulden, einschließlich der das Anerbengut nebst Zubehör belastenden Hypotheken, Grundschulden und der nach §. 17 nicht in Abzug gebrachten Renten, auf das außer dem Anerbengute nebst Zubehör vorhandene Vermögen anzurechnen. Zu diesem Zwecke sind die dauernden Renten mit dem 25fachen Betrage oder, wenn für den Fall ihrer Ablösung auf Verlangen des Verpflichteten ein höherer Betrag vereinbart ist, mit diesem zu

kapitalisiren. Die Tilgungsrenten sind mit den durch die Rentenzahlungen noch zu tilgenden Kapitalbeträgen in Rechnung zu stellen.

Werden die hiernach in Ansatz zu bringenden Erbschaftsschulden durch das außer dem Anerbengute vorhandene Vermögen gedeckt, so erhält der Anerbe ein Dritteltheil des Anrechnungswertes als Voraus.

Werden sie durch dieses Vermögen nicht gedeckt, so ist der Mehrbetrag der Erbschaftsschulden von dem Anrechnungswerte in Abzug zu bringen, und es erhält von dem verbleibenden Betrage der Anerbe ein Dritteltheil als Voraus. In diesem Falle ist der Anerbe den Miterben gegenüber verpflichtet, den vom Anrechnungswerte in Abzug gebrachten Mehrbetrag der Erbschaftsschulden als Alleinschuldner zu übernehmen.

Den Erbschaftsschulden stehen im Sinne dieses Gesetzes die Vermächtnisse gleich.

§. 19.

Soweit dieses Gesetz nichts Anderes bestimmt, erfolgt die Theilung der Erbmasse unter die Miterben, einschließlich des Anerben, nach dem allgemeinen Rechte. Nach diesem Rechte richtet sich auch die Haftung der Erben für Erbschaftsschulden. Der Anerbe haftet den Erbschaftsgläubigern auch mit dem Vermögen, welches er als Anerbe erhalten hat.

§. 20.

In Ermangelung einer Einigung der Erben über die Art der Erbtheilung hat die Generalkommission auf Antrag eines Erben eine gütliche Vereinbarung der Betheiligten nach Maßgabe dieses Gesetzes zu versuchen und hierbei auf die Erhaltung der Einheit und Leistungsfähigkeit des Anerbengutes hinzuwirken.

Hierbei ist für den Fall, daß die Uebernahme der Erbsfindungsrente (Absatz 5) seitens der Rentenbank nicht zu gewärtigen ist, auf Gewährung einer Kapitalabfindung an die Miterben insoweit Bedacht zu nehmen, als die Verhältnisse der Miterben solche erfordern und sie, unbeschadet der Leistungsfähigkeit des Anerbengutes, geschehen kann. Behufs Feststellung des Anrechnungswertes haben der Anerbe und die Miterben je einen Sachverständigen zu wählen; diese bestimmen einen Obmann. Weigern sich die Betheiligten, einen Sachverständigen zu ernennen, oder kommt unter den Miterben eine Einigung über die Person des Sachverständigen oder unter den Sachverständigen eine Einigung über die Person des Obmannes nicht zu Stande, so wird der Sachverständige (Obmann) von der Generalkommission ernannt.

Nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen hat auch das Nachlaßgericht bei der Nachlaßregulirung zu verfahren.

Die Generalkommission hat von der Einleitung und von dem Ausgang des Einigungsverfahrens das Nachlaßgericht sofort zu benachrichtigen. War vor dem Eingang einer Mittheilung von der Einleitung des Verfahrens durch die Generalkommission bereits die Nachlaßregulirung beantragt, so hat das Nachlaßgericht hiervon die Generalkommission sofort in Kenntniß zu setzen. Letztere hat

alsdann das Einigungsverfahren einzustellen. Wird nach Eingang der Mittheilung der Generalkommission bei dem Nachlaßgerichte die Nachlaßregulirung beantragt, so hat die Generalkommission ebenfalls auf Ersuchen des Gerichts ihr Verfahren einzustellen.

Erfolgt eine Einigung nicht, so können die Miterben ihre Erbtheile von dem Betrage des Anrechnungswerthes, welcher nach Abzug des Voraus und des etwaigen Mehrbetrages der Erbschaftsschulden (§. 18 Absatz 3) übrig bleibt, nur in einer ihrerseits unkündbaren Geldrente (Erbabfindungsrente) beanspruchen. Sie können verlangen, daß diese Renten auf dem Anerbengute im Grundbuche eingetragen werden. Wenn jedoch die Erbtheile im Einzelnen den Betrag von 30 Mark oder in ihrer Gesamtheit den Betrag des jährlichen nachhaltigen Reinertrages nicht übersteigen, so kann von den Miterben Kapitalabfindung verlangt werden.

§. 21.

Die Erbabfindungsrente entspricht dem fünfundzwanzigsten Theile des den Erbtheil ausmachenden Kapitals. Sie läuft vom Todestage des Erblassers an und ist mit Ablauf eines jeden Vierteljahres seit diesem Tage zahlbar. In Ermangelung einer anderweiten Vereinbarung der Betheiligten ist sie, und zwar durch Zuschlag eines jährlichen Amortisationsbetrages von einundeinhalb Prozent des Abfindungskapitals, zu tilgen.

Die Dauer der Tilgungsperiode bestimmt sich nach der als Anlage I beigefügten Tabelle.

Der Anerbe und, sofern die Rente im Grundbuche eingetragen ist, auch der Eigenthümer des Anerbengutes sind berechtigt, die Rente nach vorgängiger dreimonatlicher Kündigung durch Kapitalzahlung abzulösen.

§. 22.

Die nach vorstehenden Bestimmungen festgesetzte Erbabfindungsrente kann auf Antrag eines Betheiligten nach folgenden Grundsätzen durch Vermittelung der Rentenbank abgelöst werden:

1) Der Rentenberechtigte erhält als Abfindung entweder den 24 $\frac{1}{2}$ -fachen Betrag der Erbabfindungsrente (§. 20) in dreiundeinhalbprozentigen oder den 26-fachen Betrag in dreiprozentigen Rentenbriefen nach deren Nennwerth, oder, soweit dies durch solche nicht geschehen kann, in baarem Gelde. Bei einer wesentlichen Veränderung des Zinsfußes kann für künftige Abfindungen das Vielfache der Erbabfindungsrente im Wege Königlicher Verordnung anderweit festgesetzt werden.

2) Der Anerbe hat vom Zeitpunkte der Uebnahme der Erbabfindungsrente auf die Rentenbank an eine Rentenbankrente zu entrichten. Sie beträgt:

a) falls dreieinhalbprozentige Rentenbriefe als Abfindung gegeben sind, fünf Prozent,

b) falls dreiprozentige Rentenbriefe gegeben sind, viereinhalb Prozent des Nennwerthes der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baaren Geldes.

Der Auerbe hat die Rentenbankrente von fünf Prozent während einer Tilgungsperiode von 35 Jahren, die Rentenbankrente von viereinhalb Prozent während einer Tilgungsperiode von $37\frac{1}{12}$ Jahren zu entrichten.

§. 23.

Der Antrag auf Uebernahme der Erbsfindungsrente auf die Rentenbank ist bei der Generalkommission zu stellen.

Wird bei einer gerichtlichen Erbaueinandersehung die Uebernahme einer Erbsfindungsrente auf die Rentenbank beantragt, so hat das Gericht nach Beendigung des Verfahrens die Akten der Generalkommission zur Einleitung des Uebernahmeverfahrens zu übersenden.

Das Uebernahmeverfahren richtet sich nach folgenden Vorschriften:

- 1) Die Generalkommission hat sofort nach der Einleitung den Grundbuchrichter zu ersuchen, bei der eingetragenen Erbsfindungsrente vorzumerken, daß das Uebernahmeverfahren eingeleitet ist. Wenn die Erbsfindungsrente nicht eingetragen und der Rentenverpflichtete Eigenthümer des Auerbegutes ist, so ist das Ersuchen dahin zu richten, daß die Rentenpflicht bei dem Auerbegute vorgemerkt werde. Diese Vormerkungen haben die Wirkung, daß der Rentenbankrente der Rang der eingetragenen Erbsfindungsrente zur Zeit der Eintragung der Vormerkung oder, wenn die Erbsfindungsrente nicht im Grundbuche eingetragen ist, der Vorrang vor späteren Eintragungen gesichert wird.
- 2) Im Falle einer Einstellung des Uebernahmeverfahrens hat die Generalkommission den Grundbuchrichter um die Löschung der Vormerkungen zu ersuchen.
- 3) Nach Uebernahme der Erbsfindungsrente auf die Rentenbank wird auf Ersuchen der Generalkommission im Grundbuche vermerkt, daß das Auerbegut der Rentenbank rentenpflichtig ist. In den Eintragungsvermerk ist der Betrag der Rentenbankrente und des ihr entsprechenden Kapitals, sowie Beginn und Dauer der Tilgung aufzunehmen.
- 4) Die Vorschriften des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 111) nebst den dasselbe ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie §. 6 Ziffer 1, 2, 3, 5 und 7 des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 finden auf die von der Rentenbank übernommenen Erbsfindungsrenten mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß sich die Rangordnung der an die Stelle der Erbsfindungsrenten getretenen Rentenbankrenten gegenüber anderen Be-

lastungen des Anerbengutes nach §§. 17 und 36 des Gesetzes über den Eigenthumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke v. vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 433) regelt.

5) Die Ressortminister bestimmen, ob und von welchem Zeitpunkte an dreieinhalb- oder dreiprozentige Rentenbriefe als Abfindung gegeben werden sollen. Wenn der Kurs der dreieinhalbprozentigen Rentenbriefe an der Berliner Börse dauernd auf dem Nennwerthe oder darunter steht, dürfen dreiprozentige Rentenbriefe nur mit Zustimmung des Empfängers ausgegeben werden.

6) Nach den als Anlagen II und III beigegeführten Tabellen bestimmt sich, welche Summen im Falle des §. 23 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 in den verschiedenen Jahren der beiden Tilgungsperioden (§. 22 Ziffer 2) zur Ablösung von Rentenbeträgen erforderlich sind.

Art. II u. III

§. 24.

Die Generalkommission hat den Antrag auf Uebernahme der Erbabfindungsrente auf die Rentenbank zurückzuweisen, soweit für die zu übernehmende Rentenbankrente eine ausreichende Sicherheit nicht vorhanden ist.

Die Sicherheit der Rentenbankrente kann als vorhanden angenommen werden, soweit der Nennwerth der auszugebenden Rentenbriefe innerhalb des dreißigfachen Betrages des bei der letzten Grundsteuereinschätzung ermittelten Katastralreinertrages mit Hinzurechnung der Hälfte des Werthes, mit welchem die Gebäude bei einer der nach §. 19 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 bestimmten Versicherungsgesellschaften versichert sind, oder innerhalb der ersten drei Viertel des von der Generalkommission zu ermittelnden Anrechnungswertes (§. 17) zu stehen kommt. Die Ermittlung des Anrechnungswertes erfolgt unter Zuziehung der Betheiligten sowie zweier mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter Sachverständigen und geeigneten Falles eines Bausachverständigen.

War bereits früher auf behördliche Veranlassung eine Lage des Anerbengutes aufgenommen, so ist diese, soweit angängig, zu Grunde zu legen. Von der Zuziehung von Sachverständigen kann in diesem Falle abgesehen werden.

In einfachen und klaren Fällen ist die Generalkommission befugt, nach ihrem Ermessen den Anrechnungswert festzusetzen oder sich die Ueberzeugung von der Sicherheit in anderer geeigneter Weise zu verschaffen.

§. 25.

Bei Prüfung der Sicherheit der Rentenbankrente sind die das Anerbengut belastenden Tilgungsrenten mit denjenigen Kapitalbeträgen in Rechnung zu stellen, welche durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen sind.

Soweit wegen der auf dem Anerbengute ruhenden Belastungen die zur Uebernahme der Erbabfindungsrente auf die Rentenbank erforderliche Sicherheit nicht vorhanden ist, kann die Erbabfindungsrente nachträglich nach Maßgabe der Tilgung dieser Belastungen auf Antrag eines Betheiligten auf die Renten-

bank übernommen werden. Die Festsetzung der Uebernahmebedingungen bleibt den Ausführungsvorschriften vorbehalten.

§. 26.

Wird das Anerbengut innerhalb 20 Jahren nach dem Tode des Erblassers veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Voraus (§. 18) und bei Theilveräußerungen, soweit nicht gleichwerthige Grundstücke ausgetauscht werden, einen entsprechenden Theil des Voraus nachträglich in die Erbschaftsmasse einzuwerfen.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Anerbe das Anerbengut ganz oder theilweise an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Verwandten (Nachkommen, Geschwister oder deren Nachkommen) veräußert. Der Erwerber ist jedoch in Gewährung des Absatzes 1 das Voraus ganz oder theilweise einzuwerfen verpflichtet, wenn er das Anerbengut oder einen Theil desselben während des angegebenen Zeitraumes an einen Anderen als einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Verwandten (Nachkommen, Geschwister oder deren Nachkommen) weiter veräußert.

Jeder Betheiligte kann verlangen, daß sein Anspruch auf das Voraus durch Eintragung einer Kautionshypothek im Grundbuche sichergestellt werde.

§. 27.

Wird das Anerbengut innerhalb 20 Jahren nach dem Tode des Erblassers verkauft, so steht den anerbenberechtigten Miterben, soweit sie nicht auf das Anerbenrecht verzichtet haben, ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu.

Die Reihenfolge mehrerer Vorkaufsberechtigten regelt sich nach den §§. 11 bis 13 und 28.

Das Vorkaufsrecht beschränkt sich auf den Fall des Verkaufes durch den Anerben. Es findet auch statt, wenn die Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgt. Das Vorkaufsrecht kann nicht ausgeübt werden, wenn das Gut an einen dem Verkäufer gegenüber anerbenberechtigten Verwandten verkauft wird.

§. 28.

Sind mehrere Anerbengüter vorhanden, so finden die vorstehenden Bestimmungen mit folgender Maßgabe Anwendung:

Jeder Erbe kann in der Reihenfolge seiner Berufung zum Anerben je ein Anerbengut wählen.

Sind mehr Anerbengüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

Auf die Ausübung des Wahlrechtes finden die Bestimmungen des §. 15 entsprechende Anwendung.

Der Mehrbetrag der Erbschaftsschulden (§. 18 Absatz 3) ist auf die mehreren Anerbengüter nach Verhältniß der Anrechnungswerthe zu vertheilen.

§. 29.

Durch die Vorschriften dieses Gesetzes wird, unbeschadet der Bestimmungen der §§. 30 und 31, das eheliche Güterrecht nicht berührt.

§. 30.

Wenn zu dem Gesamtgute einer durch den Tod eines Ehegatten aufgelösten allgemeinen Gütergemeinschaft oder Errungenschaftsgemeinschaft oder Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft ein Anerbengut gehört, so tritt der nach den Vorschriften des allgemeinen Rechtes zur Uebernahme des Anerbengutes Berechtigte, falls er von diesem Rechte Gebrauch macht, als Anerbe ein. Dasselbe gilt, wenn ein Anerbengut zum Gesamtvermögen einer aufgelösten fortgesetzten Gütergemeinschaft gehört.

Sind mehrere Anerbengüter vorhanden, so tritt unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 der überlebende Ehegatte in Betreff sämtlicher Anerbengüter als Anerbe ein.

Ist der zur Uebernahme berechtigte Ehegatte zur Zeit des Todes des verstorbenen Ehegatten entmündigt, oder hat er vor dessen Tode eine rechtskräftige Verurtheilung zu Zuchthausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten, so finden die Vorschriften des Absatzes 1 keine Anwendung.

Bei Auflösung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung ist in den Fällen des Absatzes 3 und der §§. 21, 26 und 27 statt der Zeit des Todes des Erblassers der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Auseinandersetzung erfolgt. Das Gleiche gilt bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag.

Sind nach den Vorschriften des allgemeinen Rechtes (Absatz 1) Nachkommen des Erblassers zur Uebernahme des Gutes berechtigt, so bestimmt sich die Reihenfolge der Berufung zu Anerben nach den §§. 11 und 12, jedoch ist bei Auflösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung im Falle des §. 12 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Wenn in den Fällen des Absatzes 1 ein nach den Vorschriften des allgemeinen Rechtes zur Uebernahme des Anerbengutes Berechtigter nicht vorhanden ist, oder der Berechtigte von seiner Befugniß zur Uebernahme keinen Gebrauch macht, so finden die §§. 10 bis 28 Anwendung. Bei Auflösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung und bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag ist jedoch in den Fällen der §§. 12, 21, 26 und 27 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Wird eine Vermögensgemeinschaft der im vorigen Absatz erwähnten Art durch den Tod des überlebenden Ehegatten aufgelöst, so finden die §§. 10 bis 28

insoweit Anwendung, als nach Maßgabe derselben gegenüber beiden Eheleuten dieselben Nachkommen anerbenberechtigt sind. Nachkommen, welche hinsichtlich der Erbschaft des letztverstorbenen Ehegatten gemäß §. 12 den übrigen Miterben nachstehen, stehen ihnen auch hinsichtlich der Erbschaft des verstorbenen Ehegatten nach.

§. 31.

Wenn im Geltungsbereiche des Märkischen Provinzialrechtes der überlebende Ehegatte ein ihm gehöriges Anerbengut in Ausübung seines statutarischen Erbrechtes zur Erbmasse einwirft, so kann er von den übrigen Betheiligten verlangen, daß ihm das Anerbengut nach Maßgabe der §§. 16 bis 18 überlassen werde. Macht der überlebende Ehegatte von diesem Rechte Gebrauch, so ist bei Berechnung der ihm zukommenden statutarischen Hälfte das Gut mit dem Anrechnungswerthe (§. 17) in Ansatz zu bringen. Die Vorschriften der §§. 14 Absatz 3, 15, 26 und 27 finden sinngemäße Anwendung.

§. 32.

Wer über das Anerbengut letztwillig verfügen kann, ist befugt, in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Urkunde oder in einer eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen und vom Amts- oder Gemeinde- (Guts-) Vorsteher beglaubigten stempelfreien Urkunde abweichend von den Vorschriften der §§. 10 bis 13 und 28 unter den Miterben die Person des Anerben zu bestimmen.

In gleicher Weise kann bestimmt werden, daß der Anerbe verpflichtet sein soll, seine Miterben gegen angemessene Mitarbeit längstens bis zu deren Großjährigkeit standesgemäß zu erziehen und sie für den Nothfall auf dem Anerbengute zu unterhalten, und daß dagegen während dieser Zeit der Anspruch der Miterben auf Zahlung der Erbabfindungsrente ruhen soll.

Ebenso kann bestimmt werden, daß das Anerbengut vom leiblichen Vater oder von der leiblichen Mutter des Anerben bis zu dessen Großjährigkeit in eigene Nutzung und Verwaltung genommen werden kann unter der Verpflichtung, während dieser Zeit den Anerben gegen angemessene Mitarbeit standesgemäß zu erziehen und für den Nothfall auf dem Anerbengute zu unterhalten, sowie für ihn die Erbabfindungsrente an die Miterben zu zahlen oder die letzteren nach Maßgabe des Absatzes 2 zu erziehen und zu unterhalten.

§. 33.

Wird außerhalb der Fälle der gesetzlichen Erbfolge ein Anerbengut durch Verfügung unter Lebenden (Altentheils-, Uebergabe-, Uebertrags-Vertrag u. s. w.) oder von Todeswegen einem anerbenberechtigten Verwandten zu alleinigem oder zu gemeinschaftlichem Eigenthume mit seinem Ehegatten übertragen, und sind die für die Gutsübernahme vorgeschriebenen Bedingungen in ihrem Gesamtergebnisse dem Gutsübernehmer nicht ungünstiger, als die in diesem Gesetze vorgesehenen,

so können die Erbschaftsfindungen der übrigen Familienangehörigen nach Maßgabe der §§. 21 bis 25 auf die Rentenbank übernommen werden. Das Gleiche gilt, wenn die Betheiligten in eine verhältnismäßige Kürzung ihrer Ansprüche willigen.

§. 34.

Für die Berechnung der Höhe des Pflichttheiles derjenigen Miterben, welche nicht Auerben werden, ist der Betrag ihres nach §. 18 zu ermittelnden Erbtheiles maßgebend.

Dasselbe gilt von dem Schichttheile, welcher den Kindern im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft von dem Werthe des gemeinschaftlichen Vermögens zuzuwenden ist.

§. 35.

Verfügungen des im §. 32 bezeichneten Inhaltes können nicht wegen Verletzung des Pflichttheiles, diejenigen des in Absatz 3 daselbst bezeichneten Inhaltes auch nicht auf Grund der gesetzlichen Vorschriften über die Nachtheile der Wiederverheirathung angefochten werden.

§. 36.

War der Erblasser bei seinem Tode nicht der alleinige Eigenthümer des Auerbengutes, so kommen, unbeschadet der Vorschriften des §. 30, die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zur Anwendung, es sei denn, daß Erblasser und Auerbe alleinige Miteigenthümer des Gutes waren.

§. 37.

Wenn zu dem Nachlasse einer Person ein Auerbengut gehört, so ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Auerbengut belegen ist, das Nachlassgericht.

Sind mehrere, in verschiedenen Amtsgerichtsbezirken belegene Auerbengüter vorhanden, so erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts durch das Oberlandesgericht und, wenn die mehreren Auerbengüter den Bezirken verschiedener Oberlandesgerichte angehören, durch den Justizminister.

§. 38.

Für das gerichtliche Verfahren bei den nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgenden Erbtheilungen und Auseinandersetzungen regeln sich die Kostensätze nach dem geltenden Rechte. Die Erbtheilungen und Auseinandersetzungen sind stempelfrei.

Die Eintragung und die Löschung der Auerbengutseigenschaft, sowie die Aufforderung des Auerben zur Abgabe einer Erklärung in Gemäßheit des §. 15 Absatz 2 und §. 28 Absatz 4 sind kostenfrei.

§. 39.

Auf das Verfahren und das Kostenwesen bei Ausführung der §§. 2, 5, 7, 8, 20 bis 25 durch die Generalkommission finden die für Gemeintheilungen geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben Anwendung:

- 1) Zuständig ist diejenige Generalkommission, in deren Bezirk das Auerbengut belegen ist.
- 2) Handelt es sich in den Fällen der §§. 5, 7 und 8 um eine Ansiedlerstelle, so hat die Generalkommission vor ihrer Entscheidung die Ansiedlungskommission zu hören. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten.
- 3) Die Ersuchen der Generalkommission in Gemäßheit der §§. 2 und 5 sind kostenfrei.
- 4) Für das Verfahren nach Vorschrift der §§. 7 und 8 wird ein Pauschquantum nach Maßgabe der wirklich erwachsenen Kosten erhoben.
- 5) Bei dem Verfahren behufs Uebernahme von Erbabfindungsrenten (§§. 20 bis 25) wird die Hälfte der Kostenpauschsätze für die Ablösung von Reallasten (§. 2 Ziffer 1 und §. 3 des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen vom 24. Juni 1875 [Gesetz-Samml. S. 395]) in Ansatz gebracht, wobei der Jahreswerth nach den Zinsen der ausgegebenen Rentenbriefe festzustellen ist. Für die Vornahme eines Einigungsversuches (§. 20) wird ein Kostenpauschquantum nach Maßgabe der baaren Auslagen erhoben.
- 6) Die Kosten des Verfahrens (§§. 20 bis 25) werden zur Hälfte vom Auerben, zur anderen Hälfte von den beim Verfahren beteiligten Miterben, von diesen nach Verhältniß ihrer Erbabfindungsrenten, getragen. Erfolgt im Falle des §. 20 eine Einigung nicht oder wird der Antrag auf Uebernahme der Erbabfindungsrente auf die Rentenbank zurückgenommen, oder zurückgewiesen, so trägt der Antragsteller die Kosten.

§. 40.

Die Bestimmungen der Höfegesetze und Landgüterordnungen finden, unbeschadet der Vorschriften der §§. 11 bis 13, auf Auerbengüter (§. 1) keine Anwendung. Die in die Höfe- und Landgüterrollen eingetragenen Auerbengüter und die Vermerke über diese Eintragungen im Grundbuche sind auf Antrag der im §. 2 bezeichneten Behörden kostenfrei zu löschen. Von der Löschung ist der Eigenthümer zu benachrichtigen.

§. 41.

Dieses Gesetz tritt, außer in dem Geltungsbereiche des Gesetzes, betreffend das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, in dem Gebiet der vormalig freien Stadt Frankfurt sowie den vormalig Groß-

herzoglich Hessischen und Landgräflich Hessischen Gebietstheilen der Provinz Hessen-Nassau, vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 481) am 1. Oktober 1896 in Kraft.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens im Geltungsbereiche des genannten Gesetzes wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Durch Königliche Verordnung kann dieses Gesetz im Kreise Herzogthum Lauenburg eingeführt werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Neues Palais, den 8. Juni 1896.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Bosse.
Bronsfart v. Schellendorff. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein.
Schönstedt. Frhr. v. d. Recke.

Anlage I.

Tabelle zum §. 21 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend das
für die Amortisationsperiode

Tilgung eines mit 4 Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Tilgungsrente von 5 1/2 Prozent				Demnach und in Gemäßheit des Tilgungs		
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Tilgungsrente auf		und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark	von 5 Mark
	Zinsen <i>M.</i>	Kapital <i>M.</i>				
0	—	—	100,00000	1	181,82	90,91
1	4,00000	1,50000	98,50000	2	179,09	89,54
2	3,94000	1,56000	96,94000	3	176,25	88,13
3	3,87760	1,62240	95,31760	4	173,30	86,65
4	3,81270	1,68730	93,63030	5	170,24	85,12
5	3,74521	1,75479	91,87551	6	167,05	83,52
6	3,67502	1,82498	90,05053	7	163,73	81,86
7	3,60202	1,89798	88,15255	8	160,26	80,13
8	3,52610	1,97390	86,17865	9	156,69	78,34
9	3,44715	2,05285	84,12580	10	152,96	76,48
10	3,36503	2,13497	81,99083	11	149,07	74,54
11	3,27963	2,22037	79,77046	12	145,04	72,52
12	3,19082	2,30918	77,46128	13	140,84	70,42
13	3,09845	2,40155	75,05973	14	136,47	68,24
14	3,00239	2,49761	72,56212	15	131,93	65,96
15	2,90248	2,59752	69,96460	16	127,21	63,60
16	2,79858	2,70142	67,26318	17	122,30	61,15
17	2,69053	2,80947	64,45371	18	117,19	58,59
18	2,57815	2,92185	61,53186	19	111,88	55,94
19	2,46127	3,03873	58,49313	20	106,35	53,18
20	2,33973	3,16027	55,33286	21	100,61	50,30
21	2,21331	3,28669	52,04617	22	94,63	47,31
22	2,08185	3,41815	48,62802	23	88,41	44,21
23	1,94512	3,55488	45,07314	24	81,95	40,98
24	1,80293	3,69707	41,37607	25	75,23	37,61
25	1,65504	3,84496	37,53111	26	68,24	34,12
26	1,50124	3,99876	33,53235	27	60,97	30,48
27	1,34129	4,15871	29,37364	28	53,41	26,70
28	1,17495	4,32505	25,04859	29	45,54	22,77
29	1,00194	4,49806	20,55053	30	37,36	18,68
30	0,82202	4,67798	15,87255	31	28,86	14,43
31	0,63490	4,86510	11,00745	32	20,01	10,00
32	0,44030	5,05970	5,94775	33	10,81	5,41
33	0,23791	5,26209	0,68566	34	1,24	0,62

Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern.

von $33\frac{1}{12}$ Jahren.

Gesetz ist das Ablöfungs-kapital für eine rente				Bemerkungen.
von 3 Mark	von 1 Mark	von 50 Pf.	von 10 Pf.	
M.	M.	M.	M.	
54,55	18,18	9,09	1,82	Nach den vier ersten Spalten dieser Tabelle wird überhaupt jedes mit 4 Prozent verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Terminen postnumerando zahlbare Tilgungsrente von $5\frac{1}{2}$ Prozent in $33\frac{1}{12}$ Jahren getilgt. — Da die Rechnung beispielsweise 100 M. Kapital angenommen hat, so drücken ihre Resultate überall Prozente des Kapitals aus. Nachdem nun 33 Jahre hindurch Tilgungsrente gezahlt worden ist, bleiben von dem Kapitale noch
53,73	17,91	8,95	1,79	
52,88	17,63	8,81	1,76	
51,99	17,33	8,67	1,73	0,68566 Prozent zu tilgen und bei der Voraussetzung, daß dies nach 2 Monaten geschehe, kommen dazu an Zinsen noch 0,00457 „
51,08	17,02	8,51	1,70	
50,11	16,70	8,35	1,67	
49,12	16,37	8,19	1,64	Mithin sind zu zahlen..... 0,69023 Prozent. Dies ist $\frac{0,69023}{5,50000}$ der jährlichen Tilgungsrente, mithin der Betrag für circa $1\frac{1}{2}$, abgerundet 2 Monat.
48,08	16,03	8,01	1,60	
47,01	15,67	7,83	1,57	
45,89	15,30	7,65	1,53	Zur Tilgung des Kapitals sind also $33\frac{1}{12}$ jährliche Rentenzahlungen erforderlich.
44,72	14,91	7,45	1,49	
43,51	14,50	7,25	1,45	
42,25	14,08	7,04	1,41	
40,94	13,65	6,82	1,36	
39,57	13,19	6,60	1,32	
38,16	12,72	6,36	1,27	
36,69	12,23	6,11	1,22	
35,16	11,72	5,86	1,17	
33,56	11,19	5,59	1,12	
31,91	10,64	5,32	1,06	
30,18	10,06	5,03	1,01	
28,39	9,46	4,73	0,95	
26,52	8,84	4,42	0,88	
24,59	8,20	4,10	0,82	
22,57	7,52	3,76	0,75	
20,47	6,82	3,41	0,68	
18,29	6,10	3,05	0,61	
16,02	5,34	2,67	0,53	
13,66	4,55	2,28	0,46	
11,21	3,74	1,87	0,37	
8,66	2,89	1,44	0,29	
6,00	2,00	1,00	0,20	
3,24	1,08	0,54	0,11	
0,37	0,12	0,06	0,01	

Anlage II.

Tabelle zum §. 23 Absatz 3 Ziffer 6 des Gesetzes, betreffend

Für die Amortisations

Tilgung eines mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rentenbankrente von 5 Prozent				Demnach und in Gemäßheit des Renten		
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rentenbankrente auf		und bleiben vom Kapitale noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark	von 5 Mark
	Zinsen <i>M.</i>	Kapital <i>M.</i>				
0	—	—	100,00000	1	200,00	100,00
1	3,50000	1,50000	98,50000	2	197,00	98,50
2	3,44750	1,55250	96,94750	3	193,90	96,95
3	3,39316	1,60684	95,34066	4	190,68	95,34
4	3,33692	1,66308	93,67758	5	187,36	93,68
5	3,27872	1,72128	91,95630	6	183,91	91,96
6	3,21847	1,78153	90,17477	7	180,35	90,17
7	3,15612	1,84388	88,33089	8	176,66	88,33
8	3,09158	1,90842	86,42247	9	172,84	86,42
9	3,02479	1,97521	84,44726	10	168,89	84,45
10	2,95565	2,04435	82,40291	11	164,81	82,40
11	2,88410	2,11590	80,28701	12	160,57	80,29
12	2,81005	2,18995	78,09706	13	156,19	78,10
13	2,73340	2,26660	75,83046	14	151,66	75,83
14	2,65407	2,34593	73,48453	15	146,97	73,48
15	2,57196	2,42804	71,05649	16	142,11	71,06
16	2,48698	2,51302	68,54347	17	137,09	68,54
17	2,39902	2,60098	65,94249	18	131,88	65,94
18	2,30799	2,69201	63,25048	19	126,50	63,25
19	2,21377	2,78623	60,46425	20	120,93	60,46
20	2,11625	2,88375	57,58050	21	115,16	57,58
21	2,01532	2,98468	54,59582	22	109,19	54,60
22	1,91085	3,08915	51,50667	23	103,01	51,51
23	1,80273	3,19727	48,30940	24	96,62	48,31
24	1,69083	3,30917	45,00023	25	90,00	45,00
25	1,57501	3,42499	41,57524	26	83,15	41,58
26	1,45513	3,54487	38,03037	27	76,06	38,03
27	1,33106	3,66894	34,36143	28	68,72	34,36
28	1,20265	3,79735	30,56408	29	61,13	30,56
29	1,06974	3,93026	26,63382	30	53,27	26,63
30	0,93218	4,06782	22,56600	31	45,13	22,57
31	0,78981	4,21019	18,35581	32	36,71	18,36
32	0,64245	4,35755	13,99826	33	28,00	14,00
33	0,48994	4,51006	9,48820	34	18,98	9,49
34	0,33209	4,66791	4,82029	35	9,64	4,82
35	0,16871	4,83129	—	—	—	—

das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern.

periode von 35 Jahren.

Gesetzes ist das Ablösungskapital für eine bankrente				Bemerkungen.
von 3 Mark	von 1 Mark	von 50 Pf.	von 10 Pf.	
M.	M.	M.	M.	
60,00	20,00	10,00	2,00	Nach den vier ersten Spalten dieser Tabelle wird jedes mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Terminen postnumerando zahlbare Rentenbankrente von 5 Prozent in rund 35 Jahren getilgt.
59,10	19,70	9,85	1,97	
58,17	19,39	9,69	1,94	
57,20	19,07	9,53	1,91	
56,21	18,74	9,37	1,87	
55,17	18,39	9,20	1,84	
54,10	18,03	9,02	1,80	
53,00	17,67	8,83	1,77	
51,85	17,28	8,64	1,73	
50,67	16,89	8,44	1,69	
49,44	16,48	8,24	1,65	
48,17	16,06	8,03	1,61	
46,85	15,62	7,81	1,56	
45,50	15,17	7,58	1,52	
44,09	14,70	7,35	1,47	
42,63	14,21	7,11	1,42	
41,13	13,71	6,85	1,37	
39,57	13,19	6,59	1,32	
37,95	12,65	6,33	1,27	
36,28	12,09	6,05	1,21	
34,55	11,52	5,76	1,15	
32,76	10,92	5,46	1,09	
30,90	10,30	5,15	1,03	
28,99	9,66	4,83	0,97	
27,00	9,00	4,50	0,90	
24,95	8,32	4,16	0,83	
22,82	7,61	3,80	0,76	
20,62	6,87	3,44	0,69	
18,34	6,11	3,06	0,61	
15,98	5,33	2,66	0,53	
13,54	4,51	2,26	0,45	
11,01	3,67	1,84	0,37	
8,40	2,80	1,40	0,28	
5,70	1,90	0,95	0,19	
2,89	0,96	0,48	0,10	
—	—	—	—	

Anlage III.

Tabelle zum §. 23 Absatz 3 Ziffer 6 des Gesetzes, betreffend
für die Amortisations

Tilgung eines mit 3 Prozent verzinslichen Kapitals von 100 Mark durch eine jährliche Rentenbankrente von 4½ Prozent				Demnach und in Gemäßheit des Renten		
nach Jahren	treffen von der sodann fälligen Rentenbankrente auf		und bleiben vom Kapital noch zu tilgen	im Laufe des Jahres	von 10 Mark	von 5 Mark
	Zinsen M.	Kapital M.				
0	—	—	100,00000	1	222,22	111,11
1	3,00000	1,50000	98,50000	2	218,89	109,44
2	2,95500	1,54500	96,95500	3	215,46	107,73
3	2,90865	1,59135	95,36365	4	211,92	105,96
4	2,86091	1,63909	93,72456	5	208,28	104,14
5	2,81174	1,68826	92,03630	6	204,53	102,26
6	2,76109	1,73891	90,29739	7	200,66	100,33
7	2,70892	1,79108	88,50631	8	196,68	98,34
8	2,65519	1,84481	86,66150	9	192,58	96,29
9	2,59985	1,90015	84,76135	10	188,36	94,18
10	2,54284	1,95716	82,80419	11	184,01	92,00
11	2,48413	2,01587	80,78832	12	179,53	89,76
12	2,42365	2,07635	78,71197	13	174,92	87,46
13	2,36136	2,13864	76,57333	14	170,16	85,08
14	2,29720	2,20280	74,37053	15	165,27	82,63
15	2,23112	2,26888	72,10165	16	160,23	80,11
16	2,16305	2,33695	69,76470	17	155,03	77,52
17	2,09294	2,40706	67,35764	18	149,68	74,84
18	2,02073	2,47927	64,87837	19	144,17	72,09
19	1,94635	2,55365	62,32472	20	138,50	69,25
20	1,86974	2,63026	59,69446	21	132,65	66,33
21	1,79083	2,70917	56,98529	22	126,63	63,32
22	1,70956	2,79044	54,19485	23	120,43	60,22
23	1,62585	2,87415	51,32070	24	114,05	57,02
24	1,53962	2,96038	48,36032	25	107,47	53,73
25	1,45081	3,04919	45,31113	26	100,69	50,35
26	1,35933	3,14067	42,17046	27	93,71	46,86
27	1,26511	3,23489	38,93557	28	86,52	43,26
28	1,16807	3,33193	35,60364	29	79,12	39,56
29	1,06811	3,43189	32,17175	30	71,49	35,75
30	0,96515	3,53485	28,63690	31	63,64	31,82
31	0,85911	3,64089	24,99601	32	55,55	27,77
32	0,74988	3,75012	21,24589	33	47,21	23,61
33	0,63738	3,86282	17,38327	34	38,63	19,31
34	0,52150	3,97850	13,40477	35	29,79	14,89
35	0,40214	4,09786	9,30691	36	20,68	10,34
36	0,27921	4,22079	5,08612	37	11,30	5,65
37	0,15258	4,34742	0,73870	38	1,64	0,82

das Auerbenrecht bei Renten- und Anſiedelungsgütern.
periode von 37²/₁₂ Jahren.

Gefeßes iſt das Ablöſungskapital für eine
bankrente

Bemerkungen.

von 3 Mark M.	von 1 Mark M.	von 50 Pf. M.	von 10 Pf. M.
66,67	22,22	11,11	2,22
65,67	21,89	10,94	2,19
64,64	21,55	10,77	2,15
63,58	21,19	10,60	2,12
62,48	20,83	10,41	2,08
61,36	20,45	10,23	2,05
60,20	20,07	10,03	2,01
59,00	19,67	9,83	1,97
57,77	19,26	9,63	1,93
56,51	18,84	9,42	1,88
55,20	18,40	9,20	1,84
53,86	17,95	8,98	1,80
52,47	17,49	8,75	1,75
51,05	17,02	8,51	1,70
49,58	16,53	8,26	1,65
48,07	16,02	8,01	1,60
46,51	15,50	7,75	1,55
44,91	14,97	7,48	1,50
43,25	14,42	7,21	1,44
41,55	13,85	6,92	1,38
39,80	13,27	6,63	1,33
38,00	12,66	6,33	1,27
36,13	12,04	6,02	1,20
34,21	11,40	5,70	1,14
32,24	10,75	5,37	1,07
30,21	10,07	5,03	1,01
28,11	9,37	4,69	0,94
25,96	8,65	4,33	0,87
23,74	7,91	3,96	0,79
21,45	7,15	3,57	0,71
19,09	6,36	3,18	0,64
16,66	5,55	2,78	0,56
14,16	4,72	2,36	0,47
11,59	3,86	1,93	0,39
8,94	2,98	1,49	0,30
6,20	2,07	1,03	0,21
3,39	1,13	0,57	0,11
0,49	0,16	0,08	0,02

Nachdem 37 Jahre hindurch Rentenbankrente gezahlt worden
iſt, bleiben von dem Kapitale noch ... 0,73870 Prozent
zu tilgen, und bei der Vorausſetzung, daß
dieſes nach 2 Monaten geſchehe, kommen
dazu an Zinſen..... 0,00369 „
Mithin ſind noch zu zahlen 0,74239 Prozent.
Dieſes iſt $\frac{0,74239}{4,50000}$ der jährlichen Rentenbankrente, mithin
der Betrag von rund 2 Monaten.
Das Kapital trägt ſich in 37²/₁₂ Jahren ab.

(Nr. 9833.) Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1896/97. Vom 8. Juni 1896.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.
verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie,
was folgt:

§. 1.

Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Nachtrag zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1896/97 wird in Ausgabe (Ab- und Zugang) auf 200 000 Mark festgestellt und tritt dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1896/97 hinzu.

§. 2.

Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem
Königlichen Insigne.

Gegeben Neues Palais, den 8. Juni 1896.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Vosse.
Bronsfart v. Schellendorff. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein.
Schönstedt. Frhr. v. d. Recke.

Nachtrag

zum

Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1896/97.

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Gegen den Etat für 1. April 1896/97	
			Zugang Mark.	Abgang Mark.
		Dauernde Ausgaben.		
		C. IX. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Ange- legenheiten.		
121.	32.	Behufs allgemeiner Erleichterung der Volks- schullasten	—	200 000
		Summe für sich.		
		Einmalige und außerordentliche Ausgaben.		
		VIII. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Ange- legenheiten.		
15.	103 a.	Zum Bau eines Sammlungsgebäudes für das pathologische Institut des Charitékranken- hauses in Berlin, 1. Rate	200 000	—
		Summe für sich.		

Neues Palais, den 8. Juni 1896.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Bosse.
Bronsart v. Schellendorff. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein.
Schönstedt. Frhr. v. d. Recke.

Redigirt im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

Verzeichnis

Verzeichnis der für das Jahr vom 1. April 1898 bis 31. März 1899

Nr.	Beschreibung	Menge	Preis	
			Einzel	Gesamt
1	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
2	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
3	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
4	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
5	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
6	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
7	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
8	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
9	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
10	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
11	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
12	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
13	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
14	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
15	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
16	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
17	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
18	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
19	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
20	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
21	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
22	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
23	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
24	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
25	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
26	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
27	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
28	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
29	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
30	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
31	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
32	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
33	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
34	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
35	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
36	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
37	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
38	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
39	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
40	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
41	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
42	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
43	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
44	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
45	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
46	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
47	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
48	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
49	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
50	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
51	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
52	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
53	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
54	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
55	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
56	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
57	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
58	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
59	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
60	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
61	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
62	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
63	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
64	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
65	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
66	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
67	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
68	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
69	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
70	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
71	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
72	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
73	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
74	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
75	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
76	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
77	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
78	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
79	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
80	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
81	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
82	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
83	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
84	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
85	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
86	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
87	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
88	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
89	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
90	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
91	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
92	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
93	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
94	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
95	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
96	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
97	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
98	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
99	Einzelstücke	1000	0.01	10.00
100	Einzelstücke	1000	0.01	10.00

Zusammengefasst, am 2. Juni 1899.

(A. 2.)

Zusammengefasst, am 2. Juni 1899.

Zusammengefasst, am 2. Juni 1899.